

Gefährliches Fracking-Gas: Deutschlands Importe unter der Lupe

Entdecken Sie die alarmierenden Ergebnisse eines Berichts der Deutschen Umwelthilfe über den Anstieg von US-Fracking-Gas-Importen nach Deutschland. 2023 stammten 70 % des Flüssigerdgases aus den USA, was gravierende gesundheitliche und umweltschädliche Folgen hat. Erfahren Sie, warum die DUH ein Importverbot fordert und welche politischen Hintergründe es gibt. Schließen Sie sich der Petition an!

Die Schattenseiten des Flüssiggasimports: Gesundheitliche und Umweltfolgen im Fokus

Ein neuer Bericht der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zeigt auf, dass 70 Prozent der deutschen Importe von Flüssigerdgas (LNG) aus den USA schädliches Fracking-Gas sind. Diese alarmierenden Erkenntnisse werfen ein Schlaglicht auf die gesundheitlichen und ökologischen Konsequenzen, die mit dieser Praxis verbunden sind. Der Bericht verdeutlicht nicht nur die Abhängigkeit Deutschlands von fracking-basierten Erdgasquellen, sondern auch die streitbaren Auswirkungen auf die betroffenen Gemeinden in den USA.

Drastische Auswirkungen auf betroffene Gemeinden

Die Heranziehung von Fracking zur Gewinnung von Erdgas hat in den USA verheerende Folgen für die Menschen, die in den Nähe

der Fördergebiete leben müssen. Dazu zählen steigende Krebsraten und Atemwegserkrankungen sowie eine erhöhte Zahl von Fehlgeburten. Ein Beispiel für die ernstesten Auswirkungen ist das texanische LNG-Exportterminal in Corpus Christi, wo die Lebenserwartung der Anwohner um bis zu 15 Jahre niedriger ist als in anderen Stadtteilen. Diese Situation ist nicht nur eine persönliche Tragödie für die betroffenen Familien, sondern wirft auch grundlegende Fragen zur Ethik des Energiekonsums auf.

Die Energiewende und ihre Herausforderungen

In Deutschland selbst ist die Diskussion über die Nutzung von Fracking-Gas von immensem Interesse. Trotz eines Verbots für Schiefergasfracking im Inland bezieht Deutschland weiterhin den Großteil seines LNG aus den USA, wobei 80 Prozent aus fracking-basierten Quellen stammen. Die DUH kritisiert die Energiepolitik der Bundesregierung, die maßgeblich zur Förderung des Fracking-Booms in den USA beiträgt. Diese Praxis, argumentiert die DUH, ist ein Beispiel für die Doppelmoral der Regierung, die im Ausland Umwelt- und Gesundheitsrisiken in Kauf nimmt, um den eigenen Energiebedarf zu decken.

Politische Reaktionen und Forderungen

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH, äußert sich kritisch zur Situation: „Die befürchtete Gasmangellage hat sich nicht eingestellt... Die bestehenden LNG-Terminals sind nicht ausgelastet.“ Dennoch sind lange Lieferverträge mit US-Unternehmen unterzeichnet, die die deutschen Verbraucher bis in die 2040er Jahre an Fracking-Gas binden sollen.

Ein Aufruf zur Veränderung

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fordert die DUH ein Importverbot für Fracking-Gas aus den USA, um die Menschen in den betroffenen Regionen zu schützen. Eine Petition auf

Change.org hat bereits über 11.000 Unterschriften gesammelt und wird noch in diesem Jahr dem Petitionsausschuss des deutschen Bundestags vorgelegt. Die Verantwortlichen in Berlin stehen somit vor der Herausforderung, einen umweltbewussten und sozial gerechten Umgang mit Energieimporten zu finden.

Fazit

Die Debatte um den Import von Fracking-Gas ist nicht nur eine Frage der Energiepolitik, sondern berührt die zentralen Themen von Umwelt- und Gesundheitsschutz. Es bleibt abzuwarten, ob und wie die Bundesregierung auf die Forderungen der Deutschen Umwelthilfe reagiert und inwiefern die Gesundheit der Menschen in den betroffenen Gebieten in der politischen Agenda berücksichtigt wird.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de